



Ein Jahr nach Lützerath

Foto links: Klimastreik in Berlin am 25.3.2022.
© IPPNW,
CC BY-NC-ND 2.0 DEED

Foto rechts: Klimastreik in Hamburg 2022.
© compact,
CC BY-NC 2.0 DEED

Vor etwas mehr als einem Jahr wurde am 14. Januar 2023 das Dorf Lützerath durch eine der größten Polizeiaktionen in NRW geräumt. Gleichzeitig waren zehntausende Menschen vor Ort und protestierten gegen die Räumung, gegen RWE und für mehr Klimaschutz. Lützerath war nicht nur ein Symbol für eine gelebte Utopie, sondern auch ein Kampf für eine gerechtere und klimafreundliche Zukunft. Doch nun ist Lützerath geräumt und viele Aktivist*innen und Klimaschützer*innen fragten sich, wie es nun weiter gehen soll? Was ist seitdem passiert? Wie hat sich der Klimaaktivismus entwickelt und welche Entscheidungen gab es in der Klimapolitik?

Ein klimapolitischer Rückblick auf das Jahr 2023.

Zunächst werfen wir einen Blick auf die Klimakrise 2023. Während Deutschland punktuell immer wieder mit starken Niederschlägen und mit starken Überschwemmungen zu kämpfen hatte, zeigt sich der nationale Trend jedoch anders. Deutschland gehört weltweit zu den Ländern mit dem höchsten Wasserverlust und verliert pro Jahr zwei Gigatonnen Wasser durch Hitze und Dürre. Umgerechnet entspricht das seit der Jahrtausendwende der Menge des Bodensees.

Auch international hinterlässt der Klimawandel 2023 große Spuren. Es fing mit den Waldbränden in Kanada an; dazu kam bald eine Jahrhundertdürre im Amazonas. Dort war der Pegel des Amazonas zwischenzeitlich um 17 Meter gesunken, was zum Tod von tausenden Fischen und hunderten Flussdelphinen geführt hat. Durch den Klimawandel ist die Wahrscheinlichkeit von solch starken Dürren dort um 30% gestiegen. Als wäre das nicht schon schlimm genug, wurde Anfang dieses Jahres die Befürchtungen bestätigt: 2023 war das heißeste Jahr seit 125.000 Jahren.

Diese Ereignisse sind alarmierend und müssten endlich eine Reihe von wichtigen und entscheidenden Maßnahmen auslösen. Allerdings sieht die Realität anders aus. Am Beispiel des im Sommer 2023 vorgelegten Klimaschutzprogramms ist dies gut zu sehen. An diesem Programm, welches die deutschen CO₂-Emissionen bis 2030 um 65 Prozent kürzen soll, wurde trotz 130 Maßnahmen starke Kritik geübt. In dem Programm werden zwar die Versäumnisse von 2021 um 80 % nachgeholt, aber dennoch klafft eine Lücke von mind. 200 Megatonnen zur Erreichung der Klimaziele.



Autor:
JULIAN BÖTTCHER
ist Bildungsreferent beim BSV.



Foto links: Demo am
23.4.2022.

© Constantin Jäge,
CC BY-SA 2.0 DEED

Foto rechts: Unteilbar-
Auftakt demo 6.7.2019,
© Tobias Möritz,
CC BY-SA 2.0 DEED

Ähnlich zeigen sich die internationalen Bemühungen, welche Ende des Jahres im COP28 gipfelten. Grundsätzlich waren die Erwartungen an diese UN-Klimakonferenz besonders niedrig, da diese vom Geschäftsführer des Erdölunternehmens ADNOC Al Jaber geleitet wurde. Als überraschendes Highlight wurde allerdings der Klimaschädenfonds beschlossen, welcher Länder des ‚Globalen Südens‘ finanziell unterstützen soll. Dazu wurde der Übergang weg von fossilen Brennstoffen beschlossen und das Ziel ausgerufen, stattdessen den Anteil der erneuerbaren Energien um das Dreifache zu erhöhen. Dies sind natürlich gute Maßnahmen, aber wie immer rechtlich nicht bindend und nicht ausreichend für die Bewältigung der Klimakrise.

Aktivismus ist nötig

Für die Umsetzung der Maßnahmen braucht es auch weiterhin Aktivismus. Gerade das Jahr 2023 war besonders von einer Aktionsform und einer Gruppe geprägt: Die festklebenden Straßenblockaden der Letzten Generation. Über keine andere Gruppe wurde so viel diskutiert und keine andere Gruppe wurde so medial, politisch und körperlich angefeindet. Mit Blick auf die Klimakrise ist es zumindest verwunderlich, dass lieber über das ‚Wie?‘ anstatt über das ‚Warum?‘ gesprochen wird. Nichtsdestotrotz hat sich auch die Letzte Generation mit ihren Aktionen und deren Kritik daran auseinandergesetzt. Sie änderte ihre Strategie für 2024: Weg von kleineren Klebeaktionen hin zu großen „ungehorsamen Versammlungen“, die Politiker*innen und Entscheider*innen direkt konfrontieren sollen. Zusätzlich stellt sich die Gruppe für die Europawahl im Sommer 2024 auf.

Somit hat sich der Klimaaktivismus ein Jahr nach Lützerath weiterentwickelt und sich den aktuellen Umständen angepasst. Dies zeigen auch die Aufrufe aus den Reihen der Klimabewegung für die ‚Demos gegen rechts‘, da rechtsextrêmes Gedankengut nicht nur eine Gefahr für die Demokratie, sondern auch für die Bekämpfung der Klimakrise ist. Es wird spannend zu beobachten sein, welcher Aktivismus weiterhin auf den Straßen existiert und wie die Politik sich endlich entschlossen gegen Rechts stellen und sich der Klimakrise widmen möchte. Wir vom BSV zumindest blicken voller Spannung auf das Jahr 2024 und sind entschlossen, der Klimakrise und den seit Jahren stärker werdenden rechten Rand entgegenzutreten.